Nr. 548 • Ausgabe B Nr. 251
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr 548

Abend-Ausgabe

Montag, 17. November 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Einigung der Sozialdemokratie?

Inoffizielle Vorbesprechungen.

Schon seit einiger Zeit sind Bestrebungen im Gange, eine Einigung des Proletariats herbeizuführen. Der frühere Reichsministerpräsident Scheidemann hat sich bereits mehrfach in Versammlungen und Artikeln, zuletzt noch in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts", dafür eingesetzt. Auch die Rede des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch in der Landesversammlung folgte denselben Gedankengängen. Wie wir hören haben die reaktionären Kundgebungen der letzten Tage diese Versuche, zu einer Einigung zu kommen, gefördert. Optimisten im sozialdemokratischen Lager rechnen damit, daß man schon in den nächsten Tagen zu einem Abschluß der vorbereitenden Besprechungen, die bisher nur von inoffiziellen Mitgliedern beider Parteien geführt wurden, kommen wird. Charakteristisch für diese Wendung der Dinge ist ein Artikel, der gestern von der „Freiheit", im Anschluß an den Einigungsappell Scheidemanns, veröffentlicht wurde. Das führende Blatt der Unabhängigen Sozialdemokraten schreibt:

> Angesichts der reaktionären Gefahr fordert Scheidemann die Einheitsfront des Proletariats.
>
> Wir können ihm mit allem Recht erwidern: Deine, eure Schuld, die ihr aus Angst vor dem „bolschewistischen Gespenst" die Macht in die Hände der Monarchisten gespielt habt! Aber wir wollen heute einmal die Schuldfrage nicht behandeln. Auch wir halten die Situation für ernst, und wir brauchten nicht erst die Demonstrationen abzuwarten, um zu wissen, wie machtvoll in Deutschland die monarchistische Reaktion sich aus ihrer Erniedrigung erhoben hat.
>
> Aber wir vermissen im Artikel Scheidemanns vor allem die politische Schlußfolgerung. Die Macht der Reaktion ist das Ergebnis des Systems Noske. Die Freiheit der Monarchisten ist die Folge der Knebelung und Niederhaltung der Arbeiterklasse durch den Belagerungszustand. Wenn wir die Berliner Arbeiter zur Abwehr aufrufen wollten, sie würden kommen und zeigen, wem die Straße politisch gehört. Aber wer garantiert uns, daß, wenn wir die Massen rufen, sie nicht von den Maschinengewehren Noskes erwartet werden, von den von monarchistischen Offizieren befehligten Garden des Parteigenossen Scheidemann, vor dem er erst vor kurzem zurückgewichen ist?
>
> Die Republik schützen, ist sicher wichtigste politische Pflicht. Aber sie zu schützen, ohne die Sicherheit, nicht aus dem Hinterhalt von dem „Republikaner" Noske massakriert zu werden, wäre schlimmste politische Torheit. Das ist böse für die Republik und günstig für die Monarchisten. Scheidemann weiß aber selbst, daß diese abscheuliche Situation die von uns vorausgesagte Folge der Politik Noskes und seiner Mitregierenden ist.

Deshalb fehlt Scheidemanns Ausführung der Schluß. Er verspricht Taten. Aber die erste Tat, die not täte, ist die Liquidierung des bankerotten Systems Noske und die Aufhebung des Belagerungszustandes, ist der Bruch mit der antisozialistischen, konterrevolutionären Politik. Erst dann kann die reaktionäre Gefahr gebannt werden!"

Danach wäre die Voraussetzung, unter der die Unabhängigen über eine Einigung mit sich reden lassen würden, die Entfernung des Reichswehrministers Noske von seinem Amte und die Aufhebung des Belagerungszustandes. Andererseits darf man sich nicht verhehlen, daß voraussichtlich nur ein Teil der Unabhängigen, der rechte Flügel, die Einigung mitmachen würde, während sich die halb kommunistisch orientierten Ledebour, Däumig, Eichhorn, Richard Müller und so weiter davon fernhalten würden. Welche Rückwirkung eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die zusammen weder in der Nationalversammlung noch in der preußischen Landesversammlung eine parlamentarische Mehrheit auf sich vereinigen, auf die gegenwärtige Koalitionsregierung haben würde, läßt sich im Augenblick natürlich nicht sagen. Es sei auch ausdrücklich hervorgehoben, daß offizielle Verhandlungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteivorständen bislang über die Einigung noch nicht stattgefunden haben. Einstweilen sieht man also gut tun, die weitere Entwicklung der Dinge zunächst abzuwarten.

*

In der **sozialdemokratischen Fraktion der Landesversammlung** bildet die Einigungsfrage das Tagesgespräch. Große Teile der Fraktion sind zweifellos zu einer Einigung mit den Unabhängigen geneigt. Andere, zum Teil sehr angesehene Abgeordnete der Fraktion, wünschen die Einigung aber zurzeit noch nicht. Ein Zwischenfall während der heutigen Sitzung erregte besondere Aufmerksamkeit. Der unabhängige Abgeordnete Ludwig polemisierte sehr scharf gegen den mehrheitssozialistischen Ministerpräsidenten Hirsch und behauptete, er hätte zur Blockbildung gegen die Unabhängigen aufgefordert. Die Mehrheitssozialisten erhoben stürmischen Widerspruch. Der unabhängige Redner entgegnete: „Ich spreche ja nicht von den Mehrheitssozialisten, sondern von dem Herrn Ministerpräsidenten." Daraus wird geschlossen, daß auch die Unabhängigen in ihrer sehr scharfen Haltung gegen die Mehrheitssozialisten schwankend geworden sind. Die Einigungsfreunde unter den Mehrheitssozialisten hoffen, daß der rechte Flügel der Unabhängigen, der durch Haase führerlos geworden ist, zu ihnen stoßen würde, während der linke Flügel dann allerdings mit den Kommunisten sich zu einer großen Partei verschmelzen würde.

Die Erklärungen Helfferichs und Bethmann Hollwegs.

Wilsons Friedensaktion und der U-Boot-Krieg.

P. B. Kommt heute Hindenburg? Die Ansichten sind geteilt. Die einen glauben, daß er in einer für ihn und Ludendorff besonders anberaumten Nachmittagssitzung heute um 4 Uhr erscheinen wird. Die anderen schwören, er werde plötzlich, um 11 Uhr, im Saale sein, und die anderslautenden Informationen seien lediglich dazu bestimmt, Leute, die gern demonstrieren möchten, irrezuführen. Wahrscheinlich sind beide Nachrichten falsch und Hindenburg wird erst morgen, Dienstag, erscheinen.

Von Ovationen ist heute vor dem Reichshaus wenig zu spüren. Im knirschenden Frostschnee gehen hübsche junge Damen auf und ab, schwarzweißrote Bändchen im Knopfloch. Reichswehr hält ohne viel Mühe den Zugang frei. Links von der Tür wartet der wichtigste Mann der Zeit: der Kinovorführer.

Im Saal großer Andrang. Der Hörerraum ist sehr stark besetzt. Viele elegante Damen, ein paar deutsche Dichter, zahlreiche Studenten. „Und jedermann erwartet sich ein Fest."

Außer den Herren der alten Regierung, die, zunächst ohne Helfferich, pünktlich zur Stelle sind, werden Minister Koch und Unterstaatssekretär Schulz bemerkt. Auch Herr Eichhorn, Polizeigewaltiger a. D., ist gekommen und sitzt, ziemlich unbeachtet, in einer Fensterecke. Die zehnte Stunde ist bereits überschritten, da bringt ein Diener zwei große Mappen herein und legt sie auf den Zeugentisch. Gleich darauf kommt Helfferich, der sich sogleich in eine lange Unterredung mit dem jetzigen Vorsitzenden Gothein vertieft. Offenkundig einigen sich beide auf einen modus vivendi, der ähnliche Erlebnisse, wie die am Sonnabend, in Zukunft verhütet. Um 10½ Uhr das Glockenzeichen. Gothein erhebt sich vom Präsidentenstuhl und [illegible] seinen Kompetenzen und der Verantwortung schweren Aufgabe noch einmal die Grundsätze fest, nach denen der parlamentarische Untersuchungsausschuß arbeiten soll. Der Ausschuß will der Feststellung politischer Tatsachen und Zusammenhänge dienen, nicht anklagen und nicht diskutieren. Alle Werturteile, sowohl von seiten der Zeugen, wie von seiten der Ausschußmitglieder sollen deshalb nach Möglichkeit unterbleiben.

Sehr richtig. Wir wollen kein Parlament im kleinen, sondern Klarheit über die Vergangenheit.

Nach der Erklärung Gothein eine Erklärung Helfferichs. Er ist, unter gewissen Vorbehalten (die er auf Gotheins Aufforderung schriftlich übergibt) zu weiterer Aussage bereit.

Nach Helfferich eine dritte Erklärung: Der frühere Kanzler v. Bethmann Hollweg erbittet das Wort. Was er sagt, klingt nicht schlecht. Es klingt jedenfalls erheblich anders, erheblich würdiger als die Tonart Helfferichs. Herr v. Bethmann Hollweg sagt, er sei bereit und bemüht, ohne jede parteipolitische Tendenz lediglich der Ermittelung der Wahrheit zu dienen. Nach seiner Ansicht habe das Volk einen gerechten Anspruch darauf, zu erfahren, wie die Vorgeschichte des namenlosen Elends sei, in dem wir alle uns jetzt befinden. Deshalb sei er willens, ohne jede Kleinlichkeitskrämerei und mit Unterdrückung aller persönlichen Empfindlichkeit das Seine zu tun, um die Unklarheit nicht zu vermehren, sondern zu beseitigen.

Nach dieser Einleitung wendet sich Bethmann Hollweg gegen Artikel in der Presse, die Ergebnisse der Untersuchung, wie sie ihnen nach ihrem politischen Standpunkt erwünscht sein mögen, bereits als Tatsachen vorwegnehmen, ohne abzuwarten, bis die Untersuchung abgeschlossen ist. Er spricht von einem Aufsatz des „Vorwärts", dessen Inhalt er zu widerlegen wünscht, und gibt noch einmal eine Uebersicht über seine Haltung vor der Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges. Nach seiner Ueberzeugung mußte die Haltung der Regierung in der kritischen Zeit der Friedensvermittelung nützen, und nicht ihr schädlich sein.

Reichsminister David widerspricht. Der Kanzler sei im Irrtum: Wichtiges sei dem Parlament verschwiegen worden. Die leitenden Mitglieder der Regierung, die im Oktober gegen den U-Boot-Krieg waren, seien im Januar für den U-Boot-Krieg gewesen. Ueber Telegramme Bernstorffs, in denen die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß der Präsident Wilson die Erklärung des U-Boot-Krieges für einen Schlag ins Gesicht halten müßte, sei auch in der Geheimsitzung des Reichstagsausschusses nichts mitgeteilt worden.

Kurzer Meinungsaustausch, an dem außer Herrn Spahn und dem Kanzler auch Helfferich teilnimmt, aber in durchaus höflicher Form. Herr Gothein, der mit großer Ruhe den Vorsitz führt, stellt fest, daß auch ihm eine Verlesung der Bernstorff-Telegramme in jener Geheimsitzung vom 31. Januar nicht erinnerlich sei. Aber wenn auch die Telegramme verlesen wären — damals, am 31. Januar 1917, war nichts mehr zu ändern! Der Reichstag war vor eine vollendete Tatsache gestellt. Diese Erinnerungen könnten die Untersuchung nicht viel weiter bringen.

Bethmann Hollweg: Gewiß, aber wenn Herr Reichsminister David immer auf diese Vorgänge zurückgreift, muß ich doch auch um die Erlaubnis bitten, zurückgreifen.

Wieder entspinnt sich eine Debatte. Dr. Helfferich spricht von dem Interesse der Abgeordneten Gothein und Struve für den U-Boot-Krieg, und Gothein sieht sich dadurch gezwungen, über die Haltung seiner Partei einige etwas allzu ausführliche Aufschlüsse zu geben. Endlich, die zweite Stunde ist bald herum, stellt der Berichterstatter

Die Abstimmungen im amerikanischen Senat.

Italienische Beurteilung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 16. November.

„Popolo Romano" schreibt: Die Abstimmungen des amerikanischen Senats sind wahre Handgranaten gegen die Ungerechtigkeit, die die Pariser Konferenz gegen Italien beging. Der Völkerbund ist bereits in Liquidation begriffen. Der Senat wird vermutlich auch das Garantiebündnis für Frankreich ablehnen. „Tempo" erblickt gleichfalls im Versailler Vertrag eine Gefahr. Wilson sei das Opfer Lloyd Georges und Clemenceaus.

Eine Meldung des „Secolo" aus New-York bezeichnet das Votum des Senats als einen Dolchstich in den Rücken des Völkerbundes. Das Votum lasse das Schicksal voraussehen, das Wilsons Vorschlag eines Schutzbündnisses für Frankreich bescheiden sein werde.

Der Einzug der nationalen Armee in Budapest.

Ansprache Hartys: „der nationale Gedanke und die christliche Moral".

(Telegramm.)

Budapest, 16. November. (W. T. B.)

Der feierliche Einzug der nationalen Armee wurde laut einer Meldung des Ung. Tel. Corr. Bureaus in ganz Budapest festlich begangen. Die Stadt hatte reichen Flaggenschmuck angelegt. Bürgermeister Body begrüßte im Namen der Hauptstadt die Truppen und ihren Führer Horthy. Auch der Ministerpräsident hielt an Horthy eine Ansprache, in der er ausführte, die ungarische Nation könne und werde sich wieder aufraffen, wenn sie auf ihre eigene Kraft vertrauend, unerschütterlich an der christlich-nationalen Richtung festhalte. Horthy erwiderte mit einem Dank für die Begrüßung und sagte sodann: „Gerade vor einem Jahre wurde das Schicksal des Landes einem Mann anvertraut, welcher unser Vaterland an den Rand des Grabes gebracht hat. Die Weltgeschichte kennt keine zweite Person, welche über ihr Vaterland soviel Demütigung, Zerstörung und Schande gebracht hat. Die Revolution hat dem Volke nicht nur seine Freiheit, seine Rechte und sein Brot gebracht, sondern auch nicht den über alles ersehnten Frieden. Sie hatte bloß einen Vorteil, daß wir den ganzen Herenkessel der auflösenden Kräfte kennen lernten. Wenn wir die Dauer des Wiederaufbaues verkürzen wollen, müssen die Giftkeime aus der Seele der Nation entfernt werden, und alle ungarischen Patrioten sich zusammenschließen im Interesse des heiligen Zieles; dessen zwei Pfeiler sind: der nationale Gedanke und die christliche Moral. Kardinal Csernoch zelebrierte hierauf an einem auf der Haupttreppe des Parlamentsgebäudes errichteten Altar eine Feldmesse, worauf die Fahnen der Truppen eingesegnet wurden. Die Vertretungen der einzelnen Komitate überreichten Horthy Blumensträuße. Die Sträuße der besetzten Komitate waren mit Trauerflor umwunden. Mit einem Vorbeimarsch der Truppen endete die Feier.

Ruhiger Wahlverlauf in Frankreich und Italien.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rom, 17. November.

Die allgemeinen Wahlen sind gestern in ganz Italien überall in großer Ruhe, ja unter Apathie der Wählerschaft, verlaufen. In Rom stimmten nur dreißig v. H. der Wähler, in Florenz sogar nur zwanzig v. H. Sogar in der Industriestadt Terni erschien nur ein Fünftel der Wählerschaft an der Urne. Soviel bis jetzt bekannt, ist es nirgends zu Unordnungen gekommen.

w. Basel, 17. November.

Nach Pariser Meldungen sind die Wahlen in Frankreich gestern unter sehr starker Beteiligung verlaufen. Soweit bis jetzt Meldungen vorliegen, wurde die Ruhe und Ordnung nirgends gestört. Teilergebnisse der Wahl werden erst im Laufe des heutigen Tages bekannt gegeben werden.

Sozialistische Wahlerfolge in Belgien.

Brüssel, 16. November. (Havas.)

In Belgien haben heute die Neuwahlen zur Kammer und zum Senat begonnen. Bis jetzt wird kein Zwischenfall gemeldet.

In offiziellen Kreisen wird bestätigt, daß die Katholiken am gestrigen Wahlsonntag etwa 15 Sitze und die Liberalen 7 oder 8 Sitze an die Sozialisten eingebüßt haben. Die Zahl der Sitze der Katholiken würde demnach von 99 auf 84 sinken. Immerhin würde die Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlaments bleiben.

Die Verhaftung Meuniers.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 17. November.

Der Abgeordnete Paul Meunier und seine Freundin de Raviji sind verhaftet worden und werden sich wegen Einverständnis mit dem Feinde zu verantworten haben. Diese Verhaftung ist seit langem erwartet worden, und man muß sich wundern, daß dieser Kurs jetzt vor den Wahlen in der parlamentarischen Pause und während des Pressestreiks eingeschlagen wird. Meunier wird beschuldigt, in der Schweiz in der Villa des ebenfalls angeklagten Journalisten Judet mit den deutschen Diplomaten Romberg und Bismarck zusammengekommen zu sein. Auch gegen den Schweizer Maler Bossard, der an der Vermittlung dieser Begegnung mitgearbeitet hat, ist ein Haftbefehl erlassen worden. Im letzten Augenblick versuchte Meunier zu entfliehen; er verließ sein Landhaus über die Gartenmauer und verschwand in den umliegenden Wäldern. Doch konnte seine Spur im Schnee verfolgt und der Flüchtige bald festgenommen werden. Der Prozeß wird vermutlich wesentlich interessanter werden, als die bisher verhandelten Verratssachen, da dieser Prozeß auf das Wirken der internationalen Diplomatie merkwürdige Lichter werfen dürfte.